

B E K A N N T M A C H U N G

Mit Bescheid vom 20.11.2018 Gesch.-Nr. 34.1.2-6102 hat das Landratsamt Unterallgäu die Bebauungsplanänderung und -erweiterung für das Gebiet Unter der Halde in Böhen genehmigt.

Der Gemeinderat der Gemeinde Böhen hat den Bebauungsplan mit Grünordnung, Änderung und Erweiterung „**Unter der Halde**“ in Böhen am 08.11.2018 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) als Satzung beschlossen.

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.
Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Jedermann kann den Bebauungsplan mit Satzung und der Begründung, vom Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an, im

Rathaus Ottobeuren, Marktplatz 6, im Zimmer 22, 2. Stock

in der Zeit von

Montag bis Donnerstag von 8.00 - 12.00 Uhr

Donnerstag von 14.00 - 18.00 Uhr

Freitag von 8.00 - 12.30 Uhr

und

Rathaus Böhen, Wiesenstr. 2, 87736 Böhen

in der Zeit von

Mittwoch von 8.30 - 12.00 Uhr

Donnerstag von 14.30 - 19.30 Uhr

einschauen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und Satz 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch Festsetzungen des Bebauungsplans oder seine Durchführung eintretenden Vermögensnachteilen wird hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges und
4. nach § 214 Abs. 2a im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Böhen, 27.11.2018

Meer
Bürgermeister



ausgehängt: 28.11.2018
abgenommen: 19.12.2018